Keine Daten für die Polizei

Schweigepflicht gilt auch bei COVID-19!

In Niedersachsen haben Gesundheitsämter die Polizei über COVID-19-infizierte Patienten informiert, bestätigt das Gesundheitsministerium. Kammerpräsidentin Dr. Martina Wenker schlägt Alarm.

Martina Wenker, Präsidentin der Niedersächsischen Ärztekammer (ÄKN), protestiert dagegen, dass die Polizei von den Gesundheitsämtern Informationen über COVID-19-Infizierte erhält. „Ich war entsetzt, als ich das gehört habe“, so Wenker. Das Strafgesetzbuch verbiete der Ärzteschaft die Weitergabe solcher Daten. Bei Verstößen drohe bis zu einem Jahr Haft. Wenker: „Ich kann nur jedem Arzt sagen: Lass das bitte. Denn das ginge über jede Meldepflicht nach dem Infektionsschutzgesetz weit hinaus!“

„Polizisten zum Schutz vor Infektionen im Einsatz“

Tatsächlich erhält die Polizei von den Gesundheitsämtern Listen mit Namen von Infizierten und ihren Kontaktpersonen, bestätigt eine Sprecherin des Niedersächsischen Gesundheitsministeriums. Diese Listen können auch Angaben zu Quarantänebestimmungen enthalten. „Die Beamten brauchen sie, um die Quarantänebestimmungen im Zweifel auch durchzusetzen“, sagt die Sprecherin. „Außerdem dienen sie den Polizisten zum Schutz vor Infektionen im Einsatz.“

Es würden aber keine Gesundheitsdaten oder ärztliche Befunde weitergegeben, betont sie. Spätestens nach 14 Tagen würden die Daten gelöscht. Gesetzliche Grundlage sei ein Erlass des Gesundheitsministeriums vom 31. März.

Wenker hält die Argumentation des Landes nicht für schlüssig. „Wir müssten sonst auch bei allen Influenza-Epidemien oder bei Tuberkulose-Fällen die Patientendaten an die Polizei melden“, so Wenker. Die Weitergabe von Daten lasse sich nur bei einem Notstand rechtfertigen, wenn etwa ein Patient sich nicht an die Quarantäne halte. Wenker forderte Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) auf, den entsprechenden Erlass zu ändern. Auch sieht die Präsidentin keine besondere Gefährdung für Polizisten. Eine Supermarkt-Kassiererin sei wesentlich gefährdeter.

Protest wurde gehört

Eine Gefahrenabwehr für die Polizei lasse sich mit dieser Maßnahme ohnehin nicht erreichen: Die Chance für einen Polizisten, an eine infizierte Person ohne Symptome zu geraten, sei wesentlich höher. „Das einfachste Mittel wäre, die Polizisten mit Mundschutz FFP 2 zu versorgen“, sagte die Ärzte-Präsidentin.

Doch die Politik habe versäumt, sich rechtzeitig um die Beschaffung zu kümmern. „Seit Januar wissen wir, dass da was kommt“, sagte sie mit Blick auf den massiven Corona-Ausbruch in China Anfang dieses Jahres. Der Protest wurde offenbar gehört. Die Sprecherin des Ministeriums erklärt jedenfalls: „Es gibt im Hause Diskussionen zum Thema.“

Christian Beneker

Hier steht eine Anzeige.

Springer